

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Rubensschilke... Preisliste für Anzeigen aus Aus und Umgebung 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, 25 Pfennige, 20 Pfennige, 15 Pfennige, 10 Pfennige, 5 Pfennige, 2 Pfennige, 1 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 7

Sonntag, den 9. Januar 1927

22. Jahrgang

### Englands Prestige in Asien gefährdet.

Die Amerikaner räumen Hankau.

London, 7. Jan. Eine Neutermeldung aus Peking besagt: Die Tatsache, daß Hunderte von britischen Staatsangehörigen in China einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt waren und von ihren Heimstätten vertrieben wurden, wird hier als ein sehr erster Schlag gegen das britische Prestige in ganz Asien angesehen, wobei auf die vermutlichen Auswirkungen dieser Ereignisse in Indien hingewiesen wird. Befremdet haben die offiziellen Zusicherungen, die britischen Seestreitkräfte in China seien ausreichend, um Leben und Eigentum zu schützen, während tatsächlich in Hankau im letzten Augenblick die Streitkräfte bei weitem zu gering waren, um einem Angriff Widerstand zu leisten. Eine weitere Meldung besagt, daß für die Räumung von Tschengtsu und andere Plätze der Provinz Szechuan und anderen Teilen Süds und Westchinas durch die britischen Männer und Frauen alle Vorbereitungen getroffen wurden. An einigen Orten hat die Räumung bereits begonnen. 60 amerikanische Staatsangehörige, Frauen und Kinder, haben Hankau verlassen.

Neuer veröffentlicht folgende verspätet eingegangene Meldung aus Hankau: Gestern verhandelte der Minister des Auswärtigen der sibirischen Regierung mit den hauptsächlichsten Mitgliedern der amerikanischen Kolonie von Hankau über die sehr ernste Lage in Hankau. Minister Tschan versicherte, es läge kein Grund für eine Panik vor, und die Streitkräfte der nationalistischen Regierung reichten aus, um Herr der Lage zu bleiben. Nach der Konferenz beschloßen die meisten Angehörigen der amerikanischen Kolonie, Hankau zu räumen.

Um 1 Uhr morgens war die Lage noch sehr gespannt. Die britische Konzeption wird vollständig von den Nationalisten bewacht.

Die Geschäfte mit den Banken sind vollkommen lahmgelegt, trotz der Versicherung der Nationalisten, daß die Ordnung aufrechterhalten werde. Der Berichterstatter des Reutersbüros sowie andere Personen werden von kleinen Truppenabteilungen in den Gebäuden der Asiatischen Petroleumgesellschaft eingeschlossen gehalten, man hofft jedoch auf ihre baldige Befreiung.

Und Amerika.

Washington, 7. Januar. Der Kommandant der asiatischen Flotte, Admiral Williams, hat den Befehl erhalten, sich nach Schanghai zu begeben, um über die dortige Lage Bericht zu erstatten.

Armbänder für die Deutschen.

Berlin, 7. Jan. Wie die Blätter aus London melden, haben die chinesischen Behörden in Hankau, durch die Verletzung eines Deutschen durch chinesische Demonstranten veranlaßt, angeregt, daß die Deutschen besondere Armbänder mit den Nationalfarben anlegen, um sie vor weiteren Überfällen zu schützen.

Regierungswechsel in Peking?

Paris, 7. Jan. Wie die Agentur Indo Pacific aus Peking meldet, kündigt man in der Umgebung Tschangtschins an, daß Liangschai, genannt „Der Buddha der Reichthümer“, anstelle von Wellington Koo nach dem chinesischen Neujahrstage in dem neuen Ministerium Ministerpräsident werden soll.

### Wilsudski dankt ab.

Er hat das Seine getan.

Warschau, 7. Jan. Ueberrassenderweise wird heute von maßgebender Seite versichert, daß Wilsudski beschlossen hat, sich „endgültig und vollkommen“ zurückzuziehen. Wilsudski ist der Ansicht, daß er das Seine getan habe. Er habe die politischen Verhältnisse im Lande befähigt, die Gegensätze ausgeglichen, das Budget durchgeführt, die militärischen Ausgaben gekürzt, das Verhältnis zwischen Regierung und Sejm geregelt, und nun könne er gehen. Die Ministerpräsidentenschaft wolle er einem seiner nächsten Mitar-

beiter übergeben. Es fragt sich, ob dies Warteles sein werde, da dessen Kandidatur auf den Widerstand der Sozialisten stöße. Das Kriegsministerium wolle er unter allen Umständen dem General Sosnkowski anvertrauen. Für sich werde er eventuell nur das Generalinspektorat der Armee behalten. Er wolle jedoch seinen Rückzug unabhängig vom Sejm vollziehen und infolgedessen sei die Verwirklichung dieses Planes noch vor dem 20. Januar, dem Eröffnungstage des Sejm, zu erwarten.

### Eine Klarstellung zum Reichshaushalt.

Berlin, 7. Jan. Zu den in der Presse erhobenen Vorwürfen wegen in der Reichshaushaltsrechnung für 1924 nachgewiesener über- und außerplanmäßiger Ausgaben wird folgendes bemerkt: Der Reichshaushaltsplan für 1924 ist zu einer Zeit aufgestellt worden, als der Uebergang von der Inflation zur festen Währung gerade vollzogen war. Dieser erst im August 1925 verabschiedete Goldmarketat konnte daher zunächst nur ein tastender Versuch sein, die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in fester Währung einigermaßen richtig zu schätzen. Die Reichsregierung war gesetzlich ermächtigt, die notwendigen Ausgaben zu leisten. Daß die Reichsregierung von dieser Ermächtigung nur in dem unbedingt notwendigen Ausmaße Gebrauch gemacht hat, ergibt sich aus der der Rechnung beigegebenen Begründung der überplanmäßigen Ausgaben. Die Ueberschreitungen des Kriegslastenhaushalts beruhen fast ausschließlich auf den bekannten Zahlungen für Reparationszahlungen, über die in einem besonderen Ausschuß des Reichstages verhandelt worden ist. Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses des Reichstages wird es sein, die Ueberschreitungen im einzelnen nachzuprüfen. Daß bei wird sich ergeben, daß der Vorwurf einer fahrlässigen oder geschwindigen Verwendung von Reichsgeldern der Begründung entbehrt.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 7. Jan. Das Reichskabinet trat heute vormittag unter Vorsitz des Reichkanzlers zu einer Sitzung zusammen, um die gestern ab-

Erörterung über die noch ausstehenden Punkte der Entwaffnungsfrage fortzusetzen.

In der Sitzung wurden diese Beratungen zu Ende geführt und die Anweisungen für General von Pawelz und Geheimrat Forster festgelegt.

Eine Erklärung der Deutsch-Konservativen Partei.

Der Vorsitzende der Deutsch-Konservativen Partei, Graf Seyditz-Sandreczky, gibt folgende Erklärung ab: In der Presse wird die Vermutung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die Deutsch-nationale Volkspartei anlässlich der Regierungsbildung durch eine Erklärung die wesentlichen ihrer Grundsätze, den monarchischen Gedanken und den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik, preiszugeben sich bereit finden würde. Ich halte einen derartigen Gestimmungswandel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwähnten Deutsch-Konservativen Partei erklären, daß diese etwas Derartiges keinesfalls mitmachen würde. Der „Vorwärts“ mißt der Erklärung besondere Bedeutung bei, weil der Führer der Deutsch-nationalen, Graf Westarp, Vorsitzender der Deutsch-Konservativen Partei war, bis er zum Vorsitzenden der Deutsch-nationalen Volkspartei gewählt wurde.

Die Frage Eupen-Malmedy.

Brüssel, 7. Jan. Gegenüber der Meldung des „Daily Telegraph“, daß wiederum von deutsch-belgischen Verhandlungen über Eupen und Malmedy die Rede sein soll, sind wir in der Lage zu erklären, daß eine derartige Nachricht vollkommen irrig ist.

### Braucht Deutschland Kolonien?

Der britische Kolonialsekretär Amery hat dem Vertreter einer großen Berliner Zeitung in längerer Ausführung den Beweis zu liefern versucht, daß Deutschland keine Kolonien brauche. Er gibt Beweise zum Besten, die vor mehr als zwei Menschenaltern von den englischen Manchesterleuten ins Feld geführt wurden. Kolonien seien eine starke finanzielle Belastung für das Mutterland und mühten daher im wohlverstandenen Interesse sowohl des Hauptlandes wie der Kolonien selber dem eigenen Schicksal überlassen bleiben. Allerdings verschweigt Herr Amery, warum England im Gegensatz zu Deutschland Kolonien behalten soll. Wenn er etwa auf die größere Kapitalkraft Englands anspielt, so muß gesagt werden, daß England viel mehr Kolonien hat, als es in absehbarer Zeit auch nur einigermaßen aufzuschließen vermag. Mit der These von dem größeren Wohlstand Englands ließe sich allenfalls ein Zustand rechtfertigen, bei dem England vielleicht doppelt soviel Kolonialbesitz hat wie Deutschland, nicht aber der gegenwärtige Zustand, daß England eine Anzahl von Kolonien, Deutschland aber nicht eine einzige besitzt. Betrachtet man die Faktoren, welche die Kolonialbedürftigkeit eines Volkes oder Landes ausmachen, so besteht zwischen Deutschland und England eigentlich gar kein Unterschied. Beide Völker sind überbevölkert und darauf angewiesen, einen Menschenüberschuß in überseeische Gebiete abzuleiten; beide Länder haben eine stark entwickelte Industrie, die über ausländische Absatzgebiete verfügen muß; beide Länder endlich sind in der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf das Ausland angewiesen und müssen im Interesse der eigenen Zukunft dafür sorgen, daß sie nicht durch die Laune eines Widersachers von diesen Quellen abgeperert werden können.

Bei der Fülle dessen, was das deutsche Volk politisch und wirtschaftspolitisch zu fordern hat, ist es unermesslich, daß diese oder jene Forderung etwas in den Hintergrund tritt. Das gibt ausländischen Politikern aber noch lange nicht das Recht, zu glauben, daß wir uns mit unserm Schicksal, keine Kolonien zu besitzen, abgefunden haben. Obwohl sich die durch den Völkerverbund mit der Verwaltung unserer früheren Kolonien beauftragten Mächte in den deutschen Schutzgebieten als unbefruchtete und unbestrittene Herren aufspielen, ist niemand in Deutschland bereit, den Kolonialraub vom Jahre 1919 als unabänderliche Tatsache hinzunehmen. Wenn Herr Amery unter Berufung auf das alte Österreich-Ungarn den Nachweis versucht, ein Staat könne auch ohne Kolonialbesitz eine angesehenere Großmacht sein, so ist dies nur eine dürftige Begründung einer bitteren Bille. Außerdem widerspricht der Gedankengang Amerys den Grundsätzen, die im Völkerverbundstatut für die kolonialpolitische Betätigung der fortgeschrittenen Völker niedergelegt sind. Für die Entwicklung der Kolonien soll nämlich nicht allein — und nicht einmal in erster Linie — das materielle Interesse des Mutterlandes, sondern das Interesse der Kolonie selbst maßgebend sein. Als die Allierten sich im Frühjahr 1919 ansetzten, den Kolonialraub an uns zu verüben, erinnerten gute Kenner der Kolonialgeschichte in Deutschland und in den neutralen Ländern an die wenig rühmliche Rolle, die z. B. Belgien im Kongostaat und auch England in einer Reihe überseeischer Kolonien gespielt hat, — ganz zu schweigen von Portugal, dessen kolonialpolitische Betätigung eine ununterbrochene Kette von Mißgriffen schlimmster Art darstellt. Unter den Völkern, die würdig und fähig sind, unentwickelte Gebiete zu erschließen und unglückliche Völker zu höherer Bestimmung zu bringen, steht das deutsche Volk keinem anderen Volke nach. Der Ruf nach Verteilung an überseeischem Kolonialbesitz wird in Deutschland nicht eher verstummen, als bis wir wieder in die Reihe der Kolonialmächte eingerückt sind. Dr. Groß.

Die Deutschnationalen und die Locarnopolitik.

Berlin, 7. Jan. Ein Artikel des früheren Staatsministers v. Voebell in dem „Deutschen Spiegel“, in dem ausgeführt wird, „kein Mensch denke mehr daran, die Verträge von Locarno umzustößen, und was die innere Politik betrifft, so stellen sich heute sämtliche Parteien mehr oder weniger freudigen Herzens auf den Boden der neuen Verfassung“, ist vielfach in der Presse als eine Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei behandelt worden. Wie dem Nachrichtenbüro des D.N.B. von deutsch-nationaler Seite mitgeteilt wird, hat die Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei keine Veranlassung, zu dem Ruff des Herrn v. Voebell irgendwelche Stellung zu nehmen. Herr v. Voebell sei zwar Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, aber keine Kundgebung habe er ohne jede Zustimmung mit der Partei lediglich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsbürgerrats erlassen.

Keine Zusammenkunft Briands mit Mussolini.

Rom, 7. Jan. „Corriere della Sera“ dementiert in einer Meldung aus Rom die Nachricht, daß Briand nach Italien kommen werde, um mit Mussolini zusammenzutreffen.